

Klimaschutzpolitik im Schatten von Kopenhagen

Baden-Württemberg kommt zu langsam voran

Grüne fordern von Mappus ambitionierte Klimaschutzstrategie

Franz Untersteller MdL
stellv. Vorsitzender der Fraktion GRÜNE
und energiepolitischer Sprecher

Seit der Verabschiedung des Erneuerbaren Wärme Gesetzes vor mehr als zwei Jahren tritt die Klimapolitik der Regierung Oettinger auf der Stelle. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien kommt ebenso schleppend voran wie die energetische Sanierung des Gebäudebestands. Selbst das magere Ziel die Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 auf 20% anzuheben wird ohne zusätzliche Maßnahmen wohl weit verfehlt werden. Mit einem seit 1990 kontinuierlichen Zuwachs von 36% beim Stromverbrauch erweisen sich die Schwaben in Zeiten des drohenden Klimawandels alles andere als sparsam. Diese und andere Beispiele in dem vorliegenden Papier zeigen, dass Baden-Württemberg von einer ambitionierten Klimaschutzstrategie nach wie vor weit entfernt ist. Als eine der wichtigsten Technologie- und Forschungsstandorte in Europa sollte der Südwesten in der Klimapolitik endlich eine Schrittmacherrolle einnehmen. Maßstab für eine zukünftige Regierung Mappus sollte hierbei das von der Bundesregierung für das Jahr 2020 beschlossene CO₂-Redukitionsziel von 40% sein. Nachfolgend wird hierfür ein 10-Punkte-Katalog vorgelegt.

1. Ausgangslage – entschiedenes Handeln tut Not - mehr denn je

Ob der in diesen Tagen in Kopenhagen stattfindende Weltklimagipfel die dringend erwarteten Beschlüsse fasst, die geeignet sind um die Weltgemeinschaft im Kampf gegen den Klimawandel endlich voranzubringen, ist auch jetzt zu Beginn der Kyoto-Folgekonferenz völlig offen. Dabei lässt die von der Wissenschaft aufgelegte Messlatte an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Um zu verhindern, dass die Folgen des Klimawandels (z. B. Ausbreitung der Wüsten, Abschmelzen der Gletscher in Alpen, Himalaja und Anden; Abschmelzen der Polkappen verbunden mit einem Anstieg der Weltmeere. Drastische Zunahme extremer Wetterereignisse, u.v.m.) halbwegs beherrschbar bleiben, muss es gelingen den durch-

schnittlichen globalen Temperaturanstieg auf weniger als 2°C zu begrenzen.

Eine Chance dieses Ziel zu erreichen, hat die Weltgemeinschaft laut Aussagen des Weltklimarats IPCC nur, wenn es gelingt, die nach wie vor im Steigen begriffenen Treibhausgasemissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts gegenüber dem Basisjahr 1990 um mindestens 50% zu reduzieren. Die Minderungen, die in den reichen Industrieländern des Nordens mit ihren im Verhältnis zu den Entwicklungsländern überdurchschnittlich hohen Pro-Kopf-Emissionen erforderlich sind, liegen bis zum Jahr 2050 gar in der Größenordnung von 80% bis 95%. Für uns in Deutschland heißt dies nichts weniger, als das Pro-Kopf-Aufkommen an CO₂-Emissionen im Jahr von derzeit rund elf Tonnen auf zwei Tonnen zu drücken, was übrigens in etwa dem aktuellen Pro-Kopf-Aufkommen eines Inders entspricht. Letztlich folgt daraus, dass wir die Art, wie wir wirtschaften, wie wir produzieren, wie wir unsere Mobilität organisieren, aber auch wie wir leben und konsumieren einem radikalen Wandel unterziehen müssen.

Was für manchen Zeitgenossen wie eine Bedrohung klingen mag, kann sich bei näherer Betrachtung und kluger Herangehensweise als eine riesige Chance erweisen, um die grundlegende ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft voranzubringen. Der auf dem Weg zu einer quasi kohlenstofffreien Gesellschaft erforderliche drastische Ausbau der erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor; die erforderliche ambitionierte Steigerung der Energieeffizienz in allen Sektoren; neue Mobilitätskonzepte und eine auf Material- und Ressourceneffizienz ausgerichtete technologische Entwicklung bieten angesichts der global in diesen Bereichen rasant wachsenden Märkten enorme Chancen für die Wertschöpfung, die Sicherung von Wohlstand und die Schaffung von hunderttausenden von Arbeitsplätzen in unserem Land.

Herbe Enttäuschung stellt sich allerdings ein, wenn man sieht, wie in einer der technologisch fortschrittlichsten und wohlhabendsten Regionen Europas bislang mit der oben dargestellten Herausforderung umgegangen wird.

Mitte 2005 hat die Landesregierung das „Klimaschutzkonzept 2010 für Baden-Württemberg“ veröffentlicht. In ihrem Vorwort hat Umweltministerin Tanja Gönner seinerzeit herausgestellt, dass man – „auch wenn Baden-Württemberg den Klimawandel allein nicht aufhalten kann – die Verantwortung für künftige Generationen uns verpflichtet für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik einzutreten“. Hierbei – so die weiteren Ausführungen der Ministerin seinerzeit – wolle man mit gutem Beispiel vorangehen.

2. Auf unzureichende Klimaschutzziele...

Will man den eingangs erwähnten Zielwert von 80% bis 95% CO₂-Minderung im Jahr 2050 auch nur annähernd erreichen ist es zwingend notwendig, im kommenden Jahrzehnt den Schalter insbesondere in Bezug auf die Art der Energieerzeugung, die Energienutzung und Energieeinsparung radikal umzulegen. Bereits im Jahr 2007 hatte die EU beschlossen, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20% und – im Fall dass auch andere Industrieländer mitziehen – sogar um 30% abzusenken. In der gerade zwischen CDU und FDP in Berlin abgeschlossenen

Koalitionsvereinbarung bekennen sich beide dazu, bis 2020 eine Absenkung der CO₂-Emissionen um 40% anstreben zu wollen.

Die bislang von der baden-württembergischen Landesregierung angepeilten Ziele bleiben dahinter weit zurück. Demnach sollten bislang die CO₂-Emissionen bis 2020 lediglich um 20% gegenüber dem Kyoto-Basisjahr 1990 abgesenkt werden. In dem von der Landesregierung im Jahr 2000 verabschiedeten Umweltplan hatte man als Zielvorgabe bis zum Jahr 2010 eine Absenkung der CO₂-Emissionen auf 65 Mio. t/a ins Auge gefasst. Selbst von der Erreichung dieser – gemessen an den eingangs dargestellten Notwendigkeiten – völlig unzureichender Zielsetzungen sind wir aus heutiger Sicht weit entfernt.

So lagen die CO₂-Emissionen mit 78 Mio. t/a im Jahr 2006 sogar noch um 4 Mio. t/a über dem Niveau des so genannten Kyoto-Basisjahres 1990 (74 Mio. t/a). Der als Beleg für den richtigen Kurs in der bisherigen Klimapolitik gerne ins Feld geführte drastische Rückgang im Jahr 2007 (71 Mio. t/a) ist nach Aussagen des Statistischen Landesamts weniger auf den Erfolg von CO₂-Minderungsmaßnahmen als vielmehr auf die seinerzeit stark erhöhten Energiepreise und einen extrem milden Winter zurückzuführen.

Wie wenig die Landesregierung aus den mageren Ergebnissen ihrer bisherigen Klimaschutzpolitik gelernt hat, wird bei einem Blick in das Ende Juli verabschiedete „Energiekonzept 2020“ deutlich. Die nachfolgende Tabelle mit den wichtigsten Kenndaten ist ein Beleg dafür, dass man in allen wesentlichen Punkten hinter den von der Bundesregierung bzw. der EU vorgegebenen Zielen zurückbleibt.

Energiepolitische Kennwerte mit Zielsetzung 2020 für EU, Bund und Ba-Wü

Kenngrößen	Bund	Ba-Wü	EU
Primärenergieverbrauch	-15%	-10%	-18%
Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung	25%	20%	
Ausbau Erneuerbare Stromsektor	30%	20%	
Steigerung der Energieproduktivität	3%/a	2%/a	
Reduzierung des Stromverbrauchs	- 10%	0%.	
CO ₂ -Reduktionsziele	40%	20%	20 – 30%

„Unsere größte Energiequelle ist die Energieeinsparung.“ Dieser Satz findet sich zwischenzeitlich nicht mehr nur in Pressemitteilungen der Grünen, er findet sich so auch in der zu Beginn der Legislaturperiode im Juni 2006 von dem bisherigen Ministerpräsidenten Günther Oettinger vorgelegten Regierungserklärung. Umso enttäuschender ist es, dass sich die CDU/FDP-Landesregierung im High-Tech-Land Baden-Württemberg lediglich eine Reduzierung des Primärenergieverbrauchs bis 2020 um 10% zum Ziel setzt, während die Bundesregierung hier – 15% als Ziel ausgegeben hat, die EU gar – 18%. Dies ist umso unverständlicher, wenn man weiß, dass fossile Energieträger knapper und damit teurer werden und

diese Entwicklung auch nicht ohne Folgen für die hiesige Wirtschaft aber auch für die privaten Heizungsbetreiber bleiben wird. Letztlich sind die Zahlen ein Beleg dafür, wie sehr sich die Regierung Oettinger in ihrer energiepolitischen Ausrichtung auf das Thema AKW-Laufzeitverlängerung konzentriert und dabei tatsächlich wichtige Themen vernachlässigt hat.

3. ...folgen unzureichende Maßnahmen und Instrumente

Laut dem von Umweltministerin Tanja Gönner im Spätsommer dieses Jahres vorgelegten Statusbericht zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts 2010 „gehört der Südwesten zu den von Klimaveränderungen am meisten betroffenen Gegenden Deutschlands“. Zwar wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Vorhaben zur Senkung des CO₂-Aufkommens – darunter mit dem „Erneuerbare Wärme Gesetz“ auch von uns Grünen unterstützte Instrumente – auf den Weg gebracht. Gemessen an den eingangs dargestellten Herausforderungen reichen diese bislang ergriffenen Maßnahmen aber bei weitem nicht aus, um Baden-Württemberg auf den Weg eines CO₂-armen bzw. in letzter Konsequenz weitgehend CO₂-freien Entwicklungspfad zu bringen. Nach wie vor gibt es in allen möglichen Bereichen (z.B. Gebäudesanierung, Stromerzeugung und Stromanwendung, Energieeffizienz, Verkehrssektor, Abfallwirtschaft u.v.m) erhebliche bislang völlig ungenutzte CO₂-Minderungspotenziale. Während in diesen Tagen in Kopenhagen versucht wird, weit reichende verbindliche Vereinbarungen zum globalen Klimaschutz zu erreichen herrscht in wichtigen Teilbereichen der Klimaschutzpolitik des Landes Stillstand oder – siehe die nachfolgend dargestellte Entwicklung bei der energetischen Sanierung landeseigener Gebäude – gemessen an bereits gemachten Zusagen - sogar Rückschritt.

4. Defizite baden-württembergischer Klimaschutzpolitik – 7 ausgewählte Beispiele

4.1. Dem Rotstift zum Opfer gefallen – die energetische Sanierung landeseigener Gebäude

Das Land ist im Besitz von rund 8.900 Gebäuden, von denen fast 80% vor Inkrafttreten der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1978 errichtet wurden. Der Sanierungsbedarf wird heute alles in allem auf rund 6 Mrd € beziffert wovon allein auf den Hochschulsektor 4 Mrd € entfallen. Als Folge steigender Energiepreise ist die Heizkostenrechnung für den Gebäudebestand in den vergangenen Jahren auf rund 160 Mio €/a angestiegen. Die gegenwärtig von diesem Gebäudebestand pro Jahr verursachten 460.000 t CO₂ ließen sich aus unserer Sicht durch eine ambitionierte energetische Sanierung auf unter 200.000 t CO₂ reduzieren.

Zwischenzeitlich hatten alle im Landtag vertretenen Fraktionen die Notwendigkeit einer beschleunigten Sanierung des landeigenen Gebäudebestands erkannt. In einem im November 2007 von CDU, Grünen und FDP im Landtag

verabschiedeten Entschließungsantrag wurde die Landesregierung seinerzeit aufgefordert, „im Bereich der Landesliegenschaften die energetische Sanierung und den Einsatz regenerativer Energien voranzubringen.“ Gut ein Jahr später, am 2. Dezember 2008 beschloss der Ministerrat „in Anbetracht der Vorbildwirkung des Landes, die Klimaschutzmaßnahmen bei landeseigenen Gebäuden wesentlich zu verstärken.“ Hierzu sollten, beginnend mit dem Jahr 2010, für zusätzliche energetische Maßnahmen Mittel von jährlich 25 Mio. € in den Haushaltsentwurf aufgenommen werden.

Was seitens des Finanzministers seinerzeit mit großem Pomp der Öffentlichkeit als Meilenstein beim Klimaschutz in landeseigenen Gebäuden verkauft wurde, hat die Landesregierung weitgehend geräuschlos vor wenigen Wochen wieder einkassiert. Laut der vom Staatsministerium im Vorfeld der Haushaltsberatungen vorgelegten Kürzungsliste fallen die 25 Mio. € sowohl in 2010 als auch 2011 dem Rotstift zum Opfer. Der Verweis auf die zwischenzeitlich aufgelegten Konjunkturprogramme, mit denen unter anderem die energetische Sanierung von Schulen und Hochschulen im Land vorangebracht werden soll, ist unseres Erachtens untauglich. Gegenüber dem Landtag als auch gegenüber der Öffentlichkeit hatte die Landesregierung in der Vergangenheit stets betont, dass diese Mittel als konjunkturunterstützende Maßnahme zusätzlich verausgabt werden sollten.

Vorbild sollte das Land aber auch im Hinblick auf den energetischen Standard bei der Errichtung neuer und bei der Sanierung alter Gebäude sein. Wirft man einen Blick in die zwischen CDU, FDP und Grünen im Saarland vor wenigen Wochen geschlossene Koalitionsvereinbarung, so stellt man fest, dass darin „beim Neubau von öffentlichen Gebäuden der Passivhausstandard“ festgeschrieben wird: „Bei der Sanierung von landeseigenen Gebäuden dient der Passivhausstandard als Orientierung, wobei Abweichungen von dieser Norm im Einzelfall begründet werden müssen.“ Von einer solchen Herangehensweise ist Baden-Württemberg nach wie vor Lichtjahre entfernt.

4.2. **Quantitativ und qualitativ völlig unzureichend - die energetische Sanierung im privaten Sektor**

Der Gebäudebestand in Baden-Württemberg wird auf 2,3 Millionen Gebäude beziffert. Weit über 70% der Gebäude wurden vor der 1. Wärmeschutzverordnung (1978) errichtet. Es kann deshalb niemand verwundern, dass der Wärmesektor für rund 30% der CO₂-Emissionen im Land – sprich rund 25 Mio. t/a – verantwortlich zeichnet. Die energetische Sanierung des privaten Gebäudebestands ist mithin eine der zentralen Herausforderungen, wenn es um Fortschritt beim Klimaschutz geht. Bei einer optimalen Sanierung ließe sich bei einem Großteil dieser Gebäude der Energieverbrauch um 60 bis 70% senken. In gleichem Maße würden die damit einhergehenden CO₂-Emissionen und Energiekosten reduziert.

Faktisch wird dieses riesige CO₂-Minderungspotenzial bislang aber kaum mobilisiert. Lediglich 1 bis 1,5% des Gebäudebestands in Baden-Württemberg werden gegenwärtig pro Jahr einer energetischen Sanierung unterzogen. Bis zur klimapolitischen „deadline“ im Jahr 2050 (minus 80 bis 95% CO₂) wäre

somit gerade einmal die Hälfte unseres heutigen Altbaubestands einer energetischen Sanierung unterzogen. Gemessen daran, dass diese heute sanierten Gebäude im Schnitt aber wiederum mindestens 30 Jahre in der Nutzung verbleiben – sprich noch zu einer Zeit genutzt werden sollen, in der wir unser CO₂-Aufkommen bereits drastisch reduziert haben sollten – lassen die landauf, landab bei der Sanierung zugrunde gelegten Anforderungen nicht selten viele Wünsche offen.

4.3. **Alles andere als ein Ruhmesblatt – der Ausbau der Erneuerbaren Energien**

13,6% der Stromerzeugung in Baden-Württemberg entfielen im Jahr 2007 auf die Erneuerbaren Energien. Damit lag das Land gut 2% hinter dem Bund zurück. Berücksichtigt man hierbei dass hierbei mehr als die Hälfte (56%) auf die bereits seit langem in Baden-Württemberg vorherrschende Wasserkraftnutzung entfallen, wird deutlich, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg bislang im Zeichen der Schnecke stattfindet.

Eklatantes und von uns in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiertes Beispiel ist der schleppende Fortgang beim Ausbau der Windkraftnutzung. Sowohl der aktuelle Anteil an der Stromerzeugung von 0,8 % als auch das für 2020 anvisierte Ausbauziel von 1,7% bleiben weit hinter den Möglichkeiten des Landes zurück. Das geographisch ähnlich gelagerte aber wesentlich kleinere Nachbarland Rheinland-Pfalz hat bereits erzeugt bereits heute mehr Windstrom als Baden-Württemberg in seinem Energiekonzept als Ziel für 2020 propagiert. Nach wie vor unterliegt die Errichtung neuer Anlagen in Baden-Württemberg einer Vielzahl an Restriktionen. Hinzu kommt, dass die Landesregierung die rasante technologische Entwicklung im Bereich der Windenergie schlichtweg völlig falsch einschätzt, was wiederum fehlerhafte Prognosen in bezug auf das Windenergiepotenzial im Land zu Folge hat. Beispiel: In einer Anfrage vom Frühjahr dieses Jahres wollte ich wissen, weshalb die Landesregierung bei ihren energiepolitischen Planungen nach wie vor davon ausgeht, dass in den nächsten Jahren im Land lediglich Anlagen mit einer Leistung von 2 MW errichtet werden obwohl zwischenzeitlich in Norddeutschland und Belgien am Festland bereits Anlagen mit 5 MW bzw. 6 MW errichtet werden. Glaubt man der schriftlichen Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums (Drs. 14/4269) „befindet sich die angeführte Leistungsklasse erst im Vorentwurfsstadium“. Weiter führte Energieminister Ernst Pfister in seinem Schreiben dann aus, dass er davon ausgeht „dass auf kurz- bis mittelfristige Sicht kleinere Anlagen errichtet werden.“ Vor wenigen Tagen erhielt ich ein Schreiben des Windkraftanlagenherstellers „Enercon“, in dem die Standorte der zwölf seit Frühjahr dieses Jahres in Belgien und Norddeutschland in Betrieb genommenen 6MW-Anlagen die pro Jahr einen Durchschnittsertrag von ca. 17 Mio. kWh erbringen verzeichnet sind.

Defizite gibt es aber auch in anderen Bereichen der Erneuerbaren. Gerade bei der Errichtung neuer Anlagen, die geeignet sind sowohl Strom wie Wärme regenerativ zu erzeugen, sollte eine effiziente Nutzung eigentlich oberstes Gebot sein. Doch weit gefehlt: Von den Ende 2008 in Baden-Württemberg in Betrieb befindlichen 558 Biogasanlagen verfügen lediglich 138 Anlagen und so-

mit nur rund 25% über ein nennenswertes Wärmekonzept. Im Oktober 2008 hatte Wirtschaftsminister Pfister im Landtag noch angekündigt, dass keine Neuanlage mehr ohne Kraft-Wärme-Kopplung gebaut werden sollte. Nach wie vor bleibt dies allerdings weitgehendes Wunschdenken. Dabei wird das wirtschaftlich realisierbare Wärmepotenzial der bestehenden Anlagen vom Wirtschaftsministerium auf rund 400 Gigawattstunden beziffert, was gegenüber dem aktuellen Stand (47 Gigawatt) mehr als eine Verachtfachung bedeuten würde.

4.4. **Sorgenkind Kraft-Wärme-Kopplung**

Der gleichzeitigen und effizienten Nutzung von Strom und Wärme (Kraft-Wärme-Kopplung) kommt in Zeiten des Klimawandels eine Schlüsselrolle zu. Was hier möglich ist, kann man beispielsweise in Schwäbisch-Hall besichtigen, das dank der intensiven Bemühungen der dortigen Stadtwerke zwischenzeitlich einen KWK-Anteil von annähernd 40% aufweisen kann. Landesweit führt die Kraft-Wärme-Kopplung nach wie vor ein Mauerblümchendasein. Gerade einmal 9% des 2007 erzeugten Stroms entstammte KWK-Anlagen. Dabei sank die KWK-Nettostromerzeugung 2007 gegenüber 2006 laut Angaben des Statistischen Landesamts sogar noch um 11%. Von dem Ziel der Bundesregierung den KWK-Anteil bis 2020 auf 25% anzuheben ist Baden-Württemberg heute weiter denn je entfernt. Wundern darf man sich darüber allerdings nicht. Auf die bereits vor mehr als vier Jahren im Klimaschutzkonzept des Landes angekündigten Maßnahmen zur Förderung des KWK-Ausbaus (z.B. „Förderprogramm industrielle KWK-Kooperationen“; „Pilotprogramm Flottencontracting“ bis hin zu einer regelmäßigen „Statusberichterstattung KWK“) wartet die Öffentlichkeit bis zum heutigen Tag vergebens.

4.5. **Von wegen sparsame Schwaben – der Stromverbrauch steigt und steigt**

Mit 29% im Jahr 2006 haben die privaten Haushalte wesentlich zum Aufkommen energiebedingter CO₂-Emissionen beigetragen. 80 bis 90% Minderungsziel innerhalb der nächsten vier Dekaden wird es nur geben können, wenn es gelingt, die privaten Haushalte zu einem anderen Umgang mit Energie zu bewegen. Davon sind wir allerdings weit entfernt. So ist der Stromverbrauch der privaten Haushalte in Baden-Württemberg zwischen 1990 und 2007 – trotz steigender Strompreise – um 36% hochgeschneit. Der Stromverbrauch pro Person stieg im gleichen Zeitraum um 23%. Ohne breit angelegte Maßnahmen (Einführung des ‚top-runner-Prinzips‘ bei Haushaltsgeräten, drastische Einschränkung von stand-by-Verlusten, flächendeckender Austausch ungeregelter, stromfressender Heizungspumpen durch elektronisch geregelte Systeme, rasche Einführung tageszeitlich flexibler Strompreise, breit angelegte Informationskampagnen etc.) wird es nicht gelingen, diesen Negativtrend entscheidend zu brechen.

4.6. Es gärt zu wenig – ungenutzte Potenziale in der Abfallwirtschaft

Die im Land eingesammelten Bio- und Grünabfällen ließen sich in einem erheblichen Umfang zu einer energetischen Nutzung und damit zu einer Reduzierung von CO₂-Emissionen nutzen. Laut Umweltministerium lag das Aufkommen der getrennt eingesammelten Bioabfälle im Jahr 2007 bei 443.000 Tonnen, wobei lediglich 33 der 44 Landkreise eine getrennte Bioabfallerfassung durchgeführt haben. Nur etwa ein Drittel der erfassten Menge – so die Angaben aus dem Hause Gönner – wurde dabei bislang in Biogasanlagen für die Biogaserzeugung genutzt. Die dabei gewonnenen 150 Mio. Kilowattstunden reichen laut Umweltministerium wiederum aus, um den Strombedarf von rund 43.000 Haushalten zu decken. Mit einem Ausbau der Bioabfallerfassung und der energetischen Verwertung, ließe sich die Strom- und Wärmegewinnung in diesem Sektor erheblich ausbauen.

Bezieht man dann noch die rund 845.000 Tonnen an kommunalen Grünabfällen mit ein, die derzeit jährlich getrennt eingesammelt werden und die bislang laut Angaben des Umweltministeriums nur „zu einem geringen Anteil“ energetisch verwertet werden, könnte die Abfallwirtschaft einen wichtigen relevanten Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen leisten. Woran es fehlt, ist ein zwischen Land und entsorgungspflichtigen Körperschaften abgestimmtes Konzept, das zum Ziel hat die Nutzung der dargestellten Potenziale innerhalb der kommenden Jahre auch in die Praxis umzusetzen.

4.7. eine Rechnung, die niemals aufgehen kann – mehr Straßen und weniger CO₂

Rund 20 Mio. Tonnen der in Baden-Württemberg emittierten CO₂-Emissionen entfallen heute auf den Straßenverkehr. Ohne eine weitere drastische Absenkung der Flottenverbräuche, der raschen Einführung neuer CO₂-armer bzw. freier Antriebssysteme, der Verlagerung von Gütern auf die Schiene bzw. von Personenverkehr auf den ÖPNV gibt es keine Chance, dieses hohe Treibhausgasaufkommen im notwendigen Umfang zu drücken. Ergänzt werden sollte ein Maßnahmenprogramm durch die Einführung einer als Lenkungsabgabe konzipierten Straßenbenutzungsgebühr, deren Aufkommen dem Straßenunterhalt und der Förderung von öffentlichen Verkehrsangeboten zugute kommen soll. Wer wie CDU und FDP mittels angedachter Vignettenlösungen stattdessen lediglich Geld zum Bau neuer Straßen generieren will, hat Abschied genommen von einer ernsthaften Klimaschutzpolitik.

5. 10 Punkte für ein ambitioniertes Klimaschutzkonzept 2020

Als eine der wichtigsten Technologie- und Forschungsstandorte in Europa sollte Baden-Württemberg in der Klimapolitik endlich eine Schrittmacherrolle einnehmen. Der Maßstab für eine zukünftige Regierung Mappus sollte hierbei das von der Bundesregierung für das Jahr 2020 beschlossene CO₂-Redukitionsziel von

40% sein. Wesentliche Eckpunkte eines ambitionierten Klimaschutzprogramms sind:

- ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor bis hin zur Realisierung von Bioenergiedörfern, die zu 100% über erneuerbare Energien versorgt werden;
- die Reduzierung des Primärenergieverbrauchs um 15% und des Stromverbrauchs um 10% bis 2020;
- eine raschere und ambitionierte Sanierung des vorhandenen privaten und öffentlichen Gebäudebestands;
- der beschleunigte Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplungstechnologien, die eine effiziente Erzeugung von Strom und Wärme ermöglichen in Verbindung mit einem Ausbau von Nahwärmenetzen im Gebäudebestand unserer Städte und Kommunen;
- eine breitere Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen bei Industrie und Handwerk;
- Entwicklung und Umsetzung eines Programms zum Austausch ineffizienter Stromheizungen;
- Einführung einer streckenabhängigen Straßenbenutzungsgebühr;
- ein verbessertes Angebot im ÖPNV;
- verstärkte Anstrengungen bei der Entwicklung und Einführung neuer Antriebssysteme (z.B. Elektromotoren, Brennstoffzellentechnologie, Hybridtechnologie etc) mit dem Ziel den Einsatz fossiler Energieträger im Verkehrssektor zurückzudrängen;
- eine Optimierung der Abfallwirtschaft im Hinblick auf eine verstärkte Strom- und Wärme Gewinnung.

Stuttgart, 7.12.2009